Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 484 — Mittwoch, 14. Oktober 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 80 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die große Reichstagsaussprache beginnt

Brüning zwischen zwei Fronten

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober. Gleich zu Beginn der Reichstagsaussprache über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Brüning sind heute die denkbar schwersten Gegensätze im Plenum aufeinandergeprallt, Gegensätze, wie Feuer und Wasser, wie Tag und Nacht, Gegensätze, die einen Ausgleich auf dem Verhandlungswege nicht mehr zulassen, Gegensätze, die bewußt in einer Zuspitzung formuliert wurden, die das Brüchige unserer gesamten innerpolitischen Lage jedem Unbefangenen geradezu ins Auge springen ließ.

Zwei Welten standen gegeneinander.

Die Sozialdemokraten hatten den Abg. Breitscheid auf die Tribüne geschickt. Die nationale Opposition war abermals nicht vertreten. Die Nationalsozialisten lehnen es bekanntlich ab, sich noch irgendeine sozialistische oder kommunistische Rede anzuhören. Ja, sie lehnen es weiterhin ab, sogar Vertreter der Mittelparteien anzuhören. Sie erklären, mit diesem System fertig zu sein. Jeder Schritt, den sie unternehmen, ist eine bewußte Unterstreichung der Tatsache, daß die Brücken abgebrochen sind, und daß jeder neue Brückenschlag, und sei es auch nur der eines Hilfsteges, rundweg abgelehnt wird. So sprach Breitscheid wie Brüning gestern ohne Gegenspieler. Seine ganze Rede war darauf abgestellt, die Gruppen, die sich in der Harzburger Opposition zusammengefunden haben, gegeneinander auszuspielen. Breitscheid versuchte die Nationalsozialisten auf die sozialistische Seite ihres Wesens festzulegen und daraus einen großen Angriff gegen ihr Zusammengehen mit Vertretern der Industrie zu entwickeln. Seine ganze Rede ließ nur allzu deutlich werden, daß die Sozialdemokraten von gestern und vorgestern sind und nicht begriffen haben, daß eine neue Zeit mit neuen Forderungen angebrochen ist.

Breitscheid hat offen zugegeben, daß die Angst vor dem, was er Faschismus nennt, die SPD zur weiteren Tolerierung auch des neuen Kabinetts Brüning zwingt. Allerdings hat er dann gleich

seine Gegenrechnung aufgemacht,

die auch, wenn sie vielleicht nur für die Anhänger bestimmt sein sollte, kaum geeignet ist, die schwankenden Halbrechten dem Kabinett zuzuführen und ihnen Mut zu machen, in einer solchen Koalition mitzuwirken. Während Breitscheid sprach, lärmten die Kommunisten. Sie sind zum Teil Nutznießer der inneren Unwahrhaftigkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie lauern auf die unzufriedenen und sich betrogen fühlenden Wähler der SPD., deren Zerfall und Schwächung für sie eine Hoffnung ist.

Als Breitscheid geschlossen hatte, entstand eine Pause. Die Sitze der nationalen Opposition füllten sich. Dr. Frick begab sich zur Rednertribüne und begann eine kurz formulierte Erklärung zu verlesen. In ihr begründen die Nationalsozialisten, weshalb sie auch dem neuen Kabinett Brüning mit Mißtrauen gegenüberstehen. Sie bezeichnen

Brüning als den „widerlegtesten Kanzler der Nachkriegszeit".

Breitscheid hat dem Kanzler Halbheit und Schwachheit wörtlich vorgeworfen. Kann Dr. Brüning sich wundern, daß auch die Nationalsozialisten ihm nichts anderes zutrauen?

Breitscheid toleriert weiter – Fricks Kampfansage

Berlin, 14. Okt. Reichstagspräsident Löbe eröffnet die heutige Reichstagssitzung um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten sind nicht im Saal.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

führt in einem Rückblick auf die Entwicklung der Koalitionsfrage aus, es habe sich hierbei gezeigt, daß es nicht allein darauf ankomme, das Recht auf seiner Seite zu haben, sondern auch darauf, die psychologische Wirkung der Vertretung dieses Rechtes zu beachten. Die Verantwortung in dieser Frage habe nur das Kabinett getragen. Bei der Zahlungsmittelkrise hat sich gezeigt, wie notwendig es ist, daß das Ausland in die innerdeutsche Entwicklung Vertrauen setzt. Diesen Standpunkt hat früher auch der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht eingenommen. Jetzt hält er in schroffem Gegensatz zu dieser Erkenntnis zerstörende Reden in Harzburg. Die Ereignisse der letzten Monate im In- und Auslande führten den klaren Beweis für das Versagen der Führung des privatwirtschaftlichen Systems. Das System, mit Notverordnungen zu regieren, entspricht an sich nicht unseren Wünschen. Wir sind für das parlamentarische Regime, aber die Voraussetzung dafür ist, daß das Parlament sich selber bejaht. Wir haben aber leider rechts und links große Parteien, die grundsätzliche Gegner dieses Regimes sind und das Parlament nur betrachten als einen Mechanismus zum Sturze der Regierung. (Sehr wahr!) Es ist die politische Not, die zu den Notverordnungen führt. (Lebh. Zustimmung.) Wir haben nicht nur Bedenken gegen das System der Notverordnungen, sondern auch gegen ihren Inhalt.

Mit Nachdruck wird nur die Senkung der Löhne und Gehälter betrieben, während wir bei den Maßnahmen zur Preissenkung nur Halbheiten und Schwachheiten sehen. Gegen die Allmacht der Kartellmagnaten wird wenig getan. Noch immer werden von der Bergindustrie 50 Pfennig von jeder Tonne Kohlen für politische Zwecke der Rechtsparteien verwandt.

Wenn wir das Kabinett Brüning toleriert haben, so ist das nicht geschehen, weil wir glaubten, daß dieses Kabinett sozialistische Politik treiben werde. Wir haben es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schützen wollten gegen die Angriffe der Faschisten und der Diktatur.

Wir haben vorher gewußt, daß die Tolerierungspolitik unsere agitatorische Wirksamkeit schädigen, daß sie zu Abbröckelungen von unserer Partei führen würde. Wir haben dennoch die Regierung Brüning toleriert, weil es uns nicht geht um Augenblickspropagandaerfolge, sondern um die Zukunft der gesamten deutschen Nation. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Der Kampf der nationalen Opposition geht gegen die Sozialpolitik, gegen die Arbeitslosenversicherung, gegen das Tarifrecht und Schlichtungswesen, für weiteren Lohnabbau und für eine neue Inflation. Die Nationalsozialisten haben vergessen, daß sie noch vor einem Jahr den Kampf gegen die Sozialreaktion proklamiert hat. Sie gehen jetzt mit Hugenberg und neben sogenannten Wirtschaftsführern, die die ausgesprochenen Vertreter der Sozialreaktion sind. Vor genau einem Jahre beantragten die Nationalsozialisten hier die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten. Heute gehen sie Arm in Arm mit jenen vor gegen die Arbeiterschaft.

Die Fronten sind jetzt klar abgesteckt:

auf der einen Seite die nationale Opposition, auf der anderen Seite die vereinigten Gewerkschaften. Nie ist deutlicher die Kampfparole proklamiert worden als von jenen Wirtschaftsführern, denen sich die Nationalsozialisten als Kampftruppen zur Verfügung stellen. Die Kommunisten haben sich durch ihre Katastrophenpolitik als Schleppenträger der Sozialreaktion gezeigt. (Lärm bei den Kommunisten.)

Wenn wir das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Brüning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauenskundgebung für das, was dieses Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Bekundung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Brüning kommt.

Wir sind und bleiben Anhänger der sozialistischen Wirtschaftsform. Sollte die Sozialreaktion ihre Pläne durchsetzen wollen, so wird sie die Sozialdemokraten auch auf ihrem Platze finden. (Beifall b. d. Soz.)

Als nächster Redner folgt der

Abg. Dr. Frick (Natsoz.)

Als er das Wort nimmt, kommen die Abgeordneten der Rechten in den Saal, während Reichskanzler Dr. Brüning seinen Platz verläßt.

Dr. Frick verweist zunächst auf das Fernbleiben der nationalen Opposition während der Regierungserklärung. Diese Haltung entspreche zweifellos dem Willen der Mehrheit des schaffenden Volkes. Der Kanzler scheue sich nicht, nationalsozialistisches Geistesgut in seiner Notverordnungspraxis, zum Beispiel bei Bemessung der Höchstgrenze für Gehälter und Pensionen zu verwerten, gleichzeitig aber der NSDAP. zu unterstellen, sie könne unter Umständen diese Maßnahmen sabotieren.

„Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regierungen, die sich scheuen, das Volk über die Berechtigung ihrer Maßnahmen zu befragen, nicht für befugt halten, den Artikel 48 für ihre rein parteipolitischen Bestrebungen anzuwenden.

Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden. Ebenso ungeheuerlich wie diese Unterstellung ist der Versuch, die Dinge so darzustellen, als ob eine von uns getragene Reichspolitik notwendigerweise die Arbeitnehmerschaft in eine geschlossene Abwehrfront hineintreiben müßte. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir weisen diese Unterstellung, die das letzte, verzweifelte Mittel zur Behauptung der Herrschaft darstellt, als völlig unbeweisbar und als Infamie schärfstens zurück. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler keine Bedenken hatte, sich dieser böswilligen Mißdeutung einer bewußt nationalen Politik zu bedienen. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Wir allein suchen die Voraussetzungen für eine Wirtschaft, die allen ein ausreichendes Existenzminimum verbürgt und den Sinn der Arbeit wieder herstellt.

Vornehmlich um des Arbeiters willen haben wir unseren Kampf gegen die Versklavung des Volkes und der Wirtschaft, gegen Tribut und Erfüllungspolitik geführt.

(Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Die NSDAP. hat stets die verantwortungsbewußte paritätische Mitarbeit der berufsständischen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefordert. Diese Grundsätze werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein. (Beif. b. d. Natsoz.) Ueber alles steht für uns der Satz: Gemeinnutz vor Eigennutz! Das gleiche Recht auf Schutz seiner Arbeit und seiner Leistungen im Rahmen des Volksganzen sichern wir jedem anderen Berufsstande zu.

In einigen Punkten fußt die Regierungserklärung auf nationalsozialistischen Forderungen. Indessen wird die Regierung nach unserer Ueberzeugung nicht fähig sein, diese Probleme zu lösen, weil eben nationalsozialistische Forderungen selbstverständlich nur von Nationalsozialisten in die Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzulänglichen oder gar böswilligen Nachahmern. (Lebhafter Beif. b. d. Natsoz.) In der Außenpolitik hat sich die volle Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen mußten verheerende Fehlschläge mit in Kauf genommen werden. Es fand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine anders geartete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen.

Wir fordern Wehrhaftigkeit, nicht, um einen Revanchekrieg zu entfesseln, sondern weil sie Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands.

Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die furchtbarste Gefahr nicht für Deutschland, sondern für ganz Europa. Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn dabei den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk Rechnung getragen

Von der Eröffnung des deutschen Reichstages

Die Abgeordneten begeben sich unter dem Kreuzfeuer der Photographen und Kinoleute in den Reichstag

Deutsche-Presse-Photo-Zentrale